

## **Handlungsansätze nüchtern beurteilen - Impulsreferat für die Abschlussdiskussion zum FNPA-Workshop „Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie“<sup>1</sup>**

Ich soll nun unserer Abschlussdebatte zu *Corona und den Folgen für Arbeit und Demokratie* einen Impuls geben. Ich will mich dabei an unsere Zeitvorgaben halten.

Grundsätzlich sehe ich zwei mögliche Linien für unsere Diskussion. Wir können (1) weiter vertiefend erörtern, was sich aus den gestern berichteten praktischen Erfahrungen unter ganz unterschiedlichen Branchenbedingungen lernen lässt. Wir sollten (2) aber auch noch genauer reflektieren, wo uns eine wissenschaftlich-analytische Sicht ‚von außen‘ weiterbringen könnte.

Ich möchte mit einigen mir wichtigen Stichpunkten aus der bisherigen Debatte beginnen. Meine Liste ist selbstverständlich nicht erschöpfend:

- In Bereichen Systemrelevanter Arbeit sind Unzufriedenheit, Wut, Mobilisierungspotenziale gewachsen. Sie unter den Bedingungen verdichteter Arbeit arbeitspolitisch zu entfalten ist schwierig. Es gelingt nur zum Teil.
- Im Organisationsbereich von ver.di geht es da v. a. um Fragen sozialer Rechte und Gerechtigkeit – in einzelnen Bereichen (Logistik) bei äußerst schwierigen Handlungsbedingungen.
- Hier müssten im Grunde auch Herausforderungen zu politischer Regulierung öffentlich zum Thema gemacht werden – bis hin zu Eigentumsfragen, wurde gestern gesagt. Das ist aber außerordentlich schwierig – schon wenn man sehr viel bescheidener ansetzt.
- Eine offen gebliebene Frage lautet: Schaffen die (nur) symbolische Aufwertung hier - und substanzieller Abwertungsdrohungen dort, also bei industrieller Arbeit, auch neue Potenziale wechselseitiger Annäherung?
- Dazu ist heute skeptisches gesagt, dann aber auch die These vertreten worden, dass in der Aufwertung von Arbeit gesellschaftspolitisch wichtige neue Ansatzpunkte zu finden seien.
- Es gab gestern die These, dass Corona strategische Versäumnisse der Vergangenheit klarer hervortreten lässt und heute die These, dass Corona selbst

---

<sup>1</sup> Eine Langfassung zu diesem knappen Input mit weiter ausgeführten Argumentationslinien und Literaturbezügen stelle ich Anfang November auf meiner Homepage ein ([www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)) – zusammen mit, unter anderem, einer Einschätzung der nach der Bundestagswahl zu erwartenden Entwicklungen, auf die hin es dann weiterhin arbeitspolitisch zu agieren gilt.

als krisenhafte Folge unseres herrschaftlichen Naturverhältnisses für neue Herausforderungen steht.

- Da gibt es also einen direkten Bezug zu den Herausforderungen einer ökosozialen Transformation. Und die ist ja die weitere große Herausforderung, insbesondere für unsere Industriegewerkschaften. Die Industriearbeiter, Kern ihrer Mitgliedschaft reagieren da aber eher defensiv, wurde gestern gesagt.
- Wie das in anderen Bereichen abhängiger Arbeit, etwa bei den Hochqualifizierten aussieht, haben wir in unserer bisherigen Debatte kaum berührt.
- Eine These war schließlich, dass es Impulse von außen brauche. Man müsse mehr offene Begegnungen organisieren, bräuchte Bündnispartner.

Soviel zu meinen Stichpunkten. Nun zu meinem Input. Ich strukturiere ihn in fünf Thesen. Ich habe keinen Foliensatz. Aber mein Beitrag wird später schriftlich vorliegen.

## **1. Die Gewerkschaften sind in der Defensive und Corona wirkt als „Brandbeschleuniger“**

Unsere Gewerkschaften sind seit über dreißig Jahren in der Defensive - trotz einer im internationalen Vergleich institutionell noch immer relativ gut befestigten Machtposition. Das ist als erstes In Erinnerung zu rufen.

- Die Lohnquote ist um 8 Prozentpunkte gesunken
- Der Anteil der Unternehmen mit Tarifbindung sank seit Mitte der 1990er Jahre noch viel deutlicher
- Der Anteil der Beschäftigten ohne Tarifbindung und ohne Betriebsrat ist in den vergangenen 25 Jahren gewachsen.
- Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich gesunken - seit 2005 immerhin bei inzwischen leidlich stabilisierten Zahlen.

Man muss wohl schon von einem gewerkschaftlichen Macht-, aber auch Bedeutungsverlust sprechen. Der setzt sich bisher eher weiter fort, als dass diese Entwicklung umgekehrt würde.

- In dieser Lage stehen wir vor Herausforderungen einer ‚digitalen Transformation‘. Sie wird durch eine drohende ökologische Katastrophe zusätzlich massiv forciert. Die IGM hat dazu mit Schlussfolgerungen aus den Kämpfen und ja beachtlichen Erfolgen der Vergangenheit *Sicherheit im Wandel* gefordert.
- Aber Corona verschärft die Herausforderungen. Die Pandemie wirkt angesichts der weithin verbreiteten Erfahrungen von *Krise als Dauerzustand* ange-

sichts eines durch stetige Umstrukturierungen geprägten Betriebsalltags, wie ein *Brandbeschleuniger*, so die IG Metall.

- Richard und Dieter sprechen von *Kaskaden, die Krisenverstärkungs-, Verlängerungs- und Ausdifferenzierungseffekte haben. Die Corona-Krise tauche Betriebe und Arbeitsmärkte nicht in ein nivellierendes Licht, sondern sie fächere die Lageunterschiede weiter auf.*
- Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hoffmann und Katrin Mohr sprechen von *wachsenden Zukunftsängsten und außerordentlich großer Verunsicherung* in den Belegschaften, bis in die Stammbeslegschaften hinein.

## **2. Es gibt eine unterschiedliche Betroffenheit von Corona und ein drohendes fortgesetztes neoliberales Rollback**

Es hieß lange, diese Pandemie beträfe alle gleich. Dass das nicht so ist, nicht nur global, sondern auch hier in Deutschland, ist seit langem klar. Vorliegende Untersuchungen und die Erfahrungsberichte gestern zeigen:

- Es gibt *vertikal* (von akademisch Ausgebildeten bis zu Angelernten) und *horizontal* (also nach Arbeitsbereichen) deutlich *ausgeprägte Unterschiede*. Branchen sind unterschiedlich betroffen. Es spielt eine große Rolle, ob Menschen auf die eine oder andere Weise prekär betroffen sind. Auch die Wohnverhältnisse oder die Stadtteile, in denen man lebt, sind wichtig.
- Richard und Dieter sprechen in ihrer Untersuchung vom autoritären Durchgriff nicht weniger Geschäftsleitungen in der ersten Phase der Pandemie, gar von der *Rückkehr des manageriellen Patriarchen*. Aber sie – und gestern z.B. Grit, haben auch Beispiele *neuer Kollegialitäts- und Solidarerfahrungen in der Krise gefunden*.
- Klaus sieht die Betriebsräte unter Druck. Er meint, das politische Selbstbewusstsein sei nicht mehr das einer älteren Betriebsräte Generation – und es habe unter dem Einfluss nun oft fehlender Kommunikation gelitten.
- Die Osnabrücker Untersuchung und der Input von Agnes Fessler heute zeigen: aus Sicht der Befragten spielt Arbeitspolitik eine große Rolle. Sie sind auf eine für sie überraschend große Zufriedenheit der von ihnen Befragten gestoßen.
- Das hat nach meiner Überzeugung viel mit Ansprüchen zu tun, die nicht übermäßig hoch sind. Vielleicht kann man – in Anlehnung an einen Aufsatz von Harald Wolf und Knut Tullius (2016) - von einer *konkret-nützlichen Beteiligungsorientierung als Erwartungsrahmen* sprechen. Darin wäre eine hinge-

nommene konkrete Arbeits- und Leistungslogik aufs engste mit Beteiligungsansprüchen verschränkt – und noch nicht massiv durch die Erfahrung neuer Ungerechtigkeiten in Frage gestellt.

- Die Osnabrücker konstatieren angesichts der Pandemie aber auch (a) die Erwartung einer gerechten Lastenverteilung, (b) Forderungen nach Schutz und (c) Forderungen nach Information und auch Beteiligung. Für sie ist offen, ob die Klassenunterschiede in der Betroffenheit, die den Befragten präsent sind, ob die Vertiefung sozialer Spaltung, die erkennbar ist, zukünftig zu einer Belebung von Klassendynamiken führen wird.
- Es gibt aber auch andere Untersuchungen, z. B. eine aus Österreich aus dem Jahr 2019. In Diskussionen dazu wird angesichts von Corona davon gesprochen, dass nach der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16, und nun eben angesichts von Corona, *der Modus des Abfindens zerstört wurde*. Es gebe eine Störung einer vorherigen *demoralisierten Akzeptanz*.
- Richard und Dieter gehen so weit nicht, Klaus vielleicht schon eher. Man kann angesichts vorliegender Untersuchungsergebnisse aber vermuten, dass es sozusagen unter der Oberfläche rumoren könnte.

Das wäre also noch einmal, ganz grob, mein Bild nach unserer Debatte.

### **3. Symbolische Auf- und substanzielle Abwertungen ändern nichts an der Bedeutung industrieller Kernbereiche für unser Land. Die Herausforderung der digitalen und ökologischen Transformation haben etwas verändert müssen angegangen werden**

Und in der Tat *im Handumdrehen*, so Detlev Hensche in einem Artikel im *Sozialismus* (7/2021) gab die Bundesregierung (1) *ihren Widerstand gegenüber gemeinsamen europäischen Anleihen auf*, hatte sich (2) die *Schwarze Null* erledigt, jedenfalls auf Zeit, wankte (3) das *Dogma der Austeritätspolitik*. Aber das ist, so schreibt er zu Recht, nur eine *Momentaufnahme*.

Die Frage ist, womit hier nach der Bundestagswahl zu rechnen ist. Die CDU orientiert sich an wirtschaftsliberalen Vorstellungen, also den alten Rezepten. Armin Laschet schießt auf seinen Koalitionspartner in NRW. Ob dagegen nun doch Rot-Rot-Grün zustande kommt, bleibt abzuwarten – wie deutlich, gar radikal dann eine Art Kurswechsel ausfällt aber auch.

Zu Auswirkungen der Pandemie auf die alltägliche Interessenvertretungsarbeit haben wir viel gehört und diskutiert. Vor allem aber stehen Unsere Gewerkschaften vor der Aufgabe, überzeugende Vorschläge für (arbeits)politische Handlungsansätze zu entwickeln, die Perspektiven aufzeigen.

- Das verknüpft sich mit den Debatten um die Herausforderung der digitalen und ökologischen Transformation.
- Die IG Metall hat, wie schon erwähnt, Erfahrungen mit früheren strukturellen Umbrüchen unter der Überschrift *Sicherheit im Wandel* zusammengefasst. Vor allem dort, wo unsere Gewerkschaften, etwa in der Montanindustrie vor den immer massiver werdenden Anpassungszwängen erhebliche Machtpositionen aufbauen konnten, gab es beachtliche Erfolge.  
Man kann sich aber fragen, ob die gegenwärtig beginnende Transformation von Kernbranchen der Wirtschaft unter dem erkennbar wachsenden Druck der ökologischen Herausforderungen mit dem Begriff des Wandels wirklich angemessen zu erfassen ist.
- Zugleich zeigt die Aufbereitung früherer Erfahrungen, dass unsere Gewerkschaften sich in ihrer Mitbestimmungspraxis ganz wesentlich auf die soziale Absicherung der abhängig Beschäftigten konzentriert, Der wirtschaftliche Sachverstand wurde gewöhnlich den Arbeitgebern zugestanden. Wirtschaftliche Entscheidungen und die Gestaltung des wirtschaftlichen Wandels Wirtschaft und Politik überlassen.
- Heute stellt sich aber die Frage, wie es möglich werden kann, neue oder lange vernachlässigte wirtschaftspolitische Handlungsfelder anders zu gestalten und dazu neue Instrumente zu entwickeln.
- Wie also könnte man Anpassungszwängen im Ergebnis von Strukturbrüchen, die durch eine weiter entfesselte Marktlogik eher schlimmer werden, wirtschaftspolitisch anders begegnen?
- Die Mobilisierung des Wissens der Beschäftigten selbst und eine Regionale Strukturpolitik sind hier zwei Stichworte. Über entsprechende organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen einer solchen demokratisch legitimierten Politik wäre weiter nachzudenken.

#### **4. Zum politischen Mandat der Gewerkschaften wären dann kritische Fragen zu stellen**

Klaus Dörre hat vor etwa einem Jahr von einer *ökonomisch-ökologischen Zangenkrise* gesprochen, der wir uns gegenübersehen. Er hat einen *Labour-Turn* bei den Ökologen und einen *Klimite-Turn* bei den Gewerkschaften gefordert - und *wechselseitige Offenheit und Toleranz*.

Nur so könne der gesellschaftspolitische Druck erzeugt werden, der erforderlich sei, um zu einem grundlegend neuen Nachdenken zu veranlassen.

Das führt mich zu der Frage, ob und wie die Gewerkschaften gegen ihren oben angesprochenen Macht- und Bedeutungsverlust an, heute ihr politisches Mandat wahrnehmen wollen und können.

Detlev Hensche hat diese Frage aufgeworfen (Sozialismus 7/8 2021). Er verweist auf Anknüpfungspunkte:

1. Die wachsende *Einsicht in die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen* angesichts der drohenden ökologischen Krisenentwicklungen;
2. die Erwartung der Abhängig Beschäftigten von *gerechten Lösungen, von Information und Beteiligung*;
3. den Umstand, dass das *hohe Lied der Globalisierung* im neoliberalen Geist, *dissonant* wird;
4. die *Aufwertung der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge*, gerade aus Sicht der Masse der abhängig Beschäftigten.

Er wirft aber zugleich die Frage auf, wie die Gewerkschaften in einer Lage, in der Viele *hinsichtlich Arbeitsplatz und Beruf einer ungesicherten Zukunft entgegensehen* - weshalb es eben aus gewerkschaftlicher Sicht um *Sicherheit im Wandel* geht -, ihre Mitglieder mitnehmen können. Er spricht davon, dass es beim Klimaschutz um einen *demokratischen Umbau* gehe, um *den Nerv unserer sozialen Existenz*.

Wenn aus ökologischer Sicht, also aus der von sozialen Bewegungen dort, weitergehend um Veränderungen unserer ganzen Lebensweise gehen sollte, ist das herausfordernd. Dies gilt umso mehr, als die Protagonisten eines nur wenig modifizierten „Weiter-So“ drohende Verbote und Eingriffe in unsere Lebensgewohnheiten als Drohung an die Wand malen.

##### **5. Es gilt, die gewerkschaftlichen Handlungsansätze nüchtern zu beurteilen. Dazu ein paar vielleicht ernüchternde Bemerkungen zum Schluss**

Die Herausforderungen der drohenden ökologischen Katastrophen sind immens. Wir spüren sie zunehmend „hautnah“, auch hier im Lande. Unser Forum beteiligt sich an entsprechenden Debatten.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für Antworten wichtig – und die Klimakrise wird seit langem beforscht. Hier sind verfügbare, gesicherte Erkenntnisse ungleich fundierter, als das bei dem neuen Phänomen der Corona-Pandemie der Fall ist. Aber jede politische Antwort auf Herausforderungen einer immer offenen Zukunft ist ein Wagnis Die Politik eines nur leicht modifizierten „Weiter so“ ist allerdings derzeit das größte Wagnis.

Mein Eindruck ist, dass die Antworten, die der herrschende Politikbetrieb anbietet, immer noch unzulänglich sind. (Klaus hat gestern in einer Nebenbemerkung davon gesprochen, man „bete, dass das mit der Elektromobilität klappt – bis zur Rente in 10 Jahren!)

Was ist, wenn der Individualverkehr auch verändert nicht prägend bleiben kann, wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise tatsächlich grundlegender Verändern müssen, – worauf die Corona-Erfahrungen ja Hinweise gegeben haben:

- z.B. in Bezug auf unsere „Gesundheitswirtschaft“
- oder in Bezug auf die Anfälligkeit von Lieferketten im Ergebnis einer exzessiven Globalisierung.

Mir scheint vieles, was in NGOs diskutiert oder von *fridays for future* gefordert wird, sehr überzeugend. Aber wie viel Überzeugungskraft haben unsere Gewerkschaften heute noch, wenn es wirklich um die (Um)Gestaltung unserer gesamten Arbeits- und Lebensweise gehen sollte?

In unseren Diskussionen zu *Transformation und Demokratie* legen wir Gewicht auf die demokratische Beteiligung der Beschäftigten selbst. Wenn unsere Gewerkschaften die abhängig Beschäftigten bei der Suche nach neuen Lösungen mitnehmen wollen, sollten sie stärker darauf setzen, deren Laien-Experten-Wissen ins Spiel zu bringen.

Für die erfolgreiche Erprobung von Lösungsansätzen bedarf es der Beteiligung von unten. Die Hoffnung ist, dass sich u.a. daraus – zusammen mit neuen Bündnissen - eine Dynamik entbinden lassen könnte. Sie könnte es möglich machen, *eine neue Politik der Arbeit* zu entfalten, die verknüpft mit ökologischen Bewegungen, weitergehende Veränderungsperspektiven eröffnen könnte. Im Grunde hat solches *Selbertun* schon vor zwanzig Jahren einen Kern unserer Forums-Debatten ausgemacht.

Nun schreiben aber Richard und Dieter am Schluss ihrer Untersuchung: *Die Corona-Krise war bzw. ist ganz und gar kein „Turbo“ für mehr Demokratie und Solidarität im Betrieb.*

Ich würde hinzufügen: für tiefgreifende Veränderungen findet man derzeit eher Impulse in der Ökologiewebung oder bei neuen sozialen Bewegungen die gegen anwachsende autokratische Kräfte und Regime radikal herrschaftskritisch – in Bezug auf Geschlecht und Ethnien – eine Stärkung demokratischer Rechte und entsprechender Rechtsstaatlichkeit fordern.

Wenn es am Ende – bei ähnlicher Herrschaftskritik im Hinblick auf unseren Umgang mit der Natur – wirklich um ziemlich grundlegende Veränderungen unserer Arbeits- und Lebensweise gehen sollte, dann stehen unsere Gewerkschaften vor folgender Frage:

- Wollen – und können - sie eigentlich als das, was sie heute sind einen Anspruch auf ein politisches Mandat überhaupt noch erheben?

Präziser müsste man vielleicht formulieren: Wollen und können sie das als *Institutionen der lebendigen Arbeit*, die seit der Oberhausener Tagung „*Qualität des Lebens*“

1972 über Jahrzehnte hinweg in ihren Handlungsperspektiven begrenzt worden sind - und sich auch haben begrenzen lassen?

Es wird dazu neuer arbeitspolitischer Initiativen unten wie oben in den Gewerkschaften brauchen.

- Das pragmatische Anknüpfen an als bewährt Erachtetes, wie derzeit etwa an die überkommenen Mitbestimmungskonzepte, wird nicht ausreichen.
- Starke gesellschaftspolitische Veränderungsimpulse werden nur mit Bündnispartnern möglich werden, die Fragen einer öko-sozialen Transformation aus ihren jeweils anderen sozialen Perspektiven heraus aufwerfen.

Viel wird vom gesellschaftspolitischen Raum für die Entfaltung solcher Ansätze abhängen. Der wird sehr wesentlich davon bestimmt sein, ob es gelingt, mit so etwas wie einem *Grünen New Deal* die uns bislang beherrschenden Dogmen einer Austeritätspolitik und eines „Weiter so“ im neoliberalen Geist gesellschaftspolitisch weiter aufzubrechen – national und in Europa.